

Sicherheitspolitik: Schweizer schlecht informiert

Das Schweizer Volk ist über Fragen der Sicherheitspolitik nur ungenügend informiert. Darin waren sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Workshops im Rahmen des Zürcher Colloquiums «Sicherheitspolitik und Medien» fast ausnahmslos einig.

Der Journalismus könne für den schlechten Informationsstand nicht verantwortlich gemacht werden, sagte Daniel Eckmann am Samstag in Zürich. Der Informationschef des Eidg. Militärdepartements (EMD) machte für diesen Zustand vielmehr zentrifugale Entwicklungen in der Gesellschaft verantwortlich. Die unmittelbare Betroffenheit regle das Verhältnis zur Sicherheitspolitik.

Das habe zur Folge das die Bevölkerung quantitativ überinformiert und qualitativ unterinteressiert sei. So sei der Wissensstand über Fergies Busen ausgezeichnet. Von Energiepolitik hätten viele aber beispielsweise keine Ahnung oder könnten sich nur noch an den Eierkoch-Tip eines Bundesrates erinnern. «Der Wohlstand hat uns träge gemacht», folgerte Eckmann.

Desinformation dominiert

Schwere Vorwürfe gegen die Journalisten äusserte Geneviève Aubry. Sicherheitspolitik und Armee seien keine verwöhnten Kin-

der der Medien, sagte die Berner FDP-Nationalrätin. Die Presse sei geprägt von Sensationen und Gegenwahrheiten, die Desinformation dominiere. Die grossen Teilnehmerzahlen beispielweise an den RS-Besuchstagen zeige aber, dass diese Berichterstattung praktisch null Prozent der Bevölkerung anspreche.

Das Desinteresse für Sicherheitspolitik bei vielen Jugendlichen führte Aubry auch auf gespaltene Familien zurück, welche das Wehrbewusstsein nicht mehr vermittelten. Auch die Schulen versagten. Sie forderte, dass in dieser Situation die nicht mehr tragende Tradition durch professionelle Information ersetzt werden müsse. In Frauengruppen und Sportvereinen soll – so forderte Aubry – wieder gelernt werden, was dienen heisse.

«Thema wie jedes andere»

Sicherheitspolitik sei für die Medien ein Thema «wie manches andere auch», sagte Caspar Selg. Je heikler das Thema, desto kritischer und kontroverser werde beim nationalen Radio berichtet, erklärte der stellvertretende Chefredaktor von Radio DRS. Den Konflikt zwischen Sicherheitspolitik und Medien führte er auf die sich grundsätzlich entgegenlaufenden Interessen zurück. Die Medien versuchten Öffentlichkeit herzustellen, die Sicherheitspolitik verlange ein gewisses Mass von Geheimhaltung. Grundsätzlich sei es aber die Pflicht der Medien, Fragen zu stellen. (spk)